

**Inoffizielle Übersetzung**



**Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen  
für Menschenrechte (BHKM)**

**BHKM TECHNISCHE MISSION AN**

**Der Staat Katar**

**17. bis 24. November 2017**

**Bericht**

**Über die Auswirkungen der Golfkrise auf die Menschenrechte**

**Dezember 2017**

## **Inhalten**

<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>Hintergrund</b>	<b>4</b>
<b>III.</b>	<b>Hauptprobleme der Menschenrechte, die sich aus der Krise ergeben</b>	<b>5</b>
	<b>a) Erkenntnisse und Beobachtungen</b>	<b>6</b>
	<b>b) Aussetzung und Einschränkung der Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit</b>	<b>7</b>
	<b>c) Trennung von Familien und damit verbundene Fragen der Nationalität und des Wohnsitzes</b>	<b>10</b>
	<b>d) Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rechte und das Eigentumsrecht</b>	<b>11</b>
	<b>e) Auswirkungen auf das Recht auf Gesundheit</b>	<b>12</b>
	<b>f) Auswirkungen auf das Recht auf Bildung</b>	<b>13</b>
	<b>g) Langjährige Menschenrechtsfragen</b>	<b>14</b>
<b>IV.</b>	<b>Erkenntnisse und Beobachtungen</b>	<b>15</b>

## I. Einleitung

1. Da die Regierungen des Königreichs Saudi-Arabien (KSA), der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), des Königreichs Bahrain und der Arabischen Republik Ägypten (im folgenden "Quartett") am 5. Juni 2017 beschlossen haben, diplomatische Beziehungen abubrechen mit dem Staat Katar verfolgt das BHKM genau die Folgen dieser Entscheidung für die Achtung der Menschenrechte. Am 14. Juni veröffentlichte der Hohe Kommissar eine Presseerklärung mit der Aufforderung an alle beteiligten Staaten, diesen Konflikt so schnell wie möglich durch Dialog zu lösen und jegliche Maßnahmen zu unterlassen, die das Wohlergehen, die Gesundheit, die Beschäftigung und die Integrität ihrer Bewohner beeinträchtigen könnten. Ihre Verpflichtungen aus dem internationalen Menschenrechtsrecht einzuhalten. "Des Weiteren hielt er Treffen mit den ständigen Vertretern des Quartetts in Genf ab und forderte sie auf, umgehend korrigierende Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem durch die Einrichtung von Hotlines zur Untersuchung von Einzelfällen.
2. Verschiedene internationale Menschenrechtsorganisationen und Mechanismen haben ihre Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen der Entscheidung auf die bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Bürger zum Ausdruck gebracht. Das Nationale Menschenrechtskomitee (Nationale Menschenrechtskomitee) von Katar war sehr aktiv bei der Überwachung und Dokumentation von Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen, die von katarischen Bürgern und Bewohnern seit dem 5. Juni gemeldet wurden, insbesondere von Personen, die in benachbarten Ländern leben.
3. Am 14. September 2017 forderte der Vorsitzende des Nationale Menschenrechtskomitee den Hohen Kommissar auf, so bald wie möglich eine technische Mission nach Katar zu entsenden, um die Auswirkungen der Krise auf die Menschenrechte zu bewerten. Anschließend informierte die Sektion Naher Osten und Nordafrika (NONA) die Ständigen Vertretungen der KSA, der VAE und Bahrain über die Einladung und bekundete die Bereitschaft, ähnliche Missionen durchzuführen. Die NONA-Sektion unterrichtete ferner die Politische Abteilung der Vereinten Nationen, die Taskforce der Vereinten Nationen zur Golfkrise und andere relevante Akteure über das Engagement des BHKM mit den betroffenen Staaten.
4. Daher besuchte ein BHKM -Team (im Folgenden das Team) vom 17. März bis 24. November 2017 Katar mit folgenden Zielen:
  - a) Sich mit Regierungsinstitutionen, der Nationale Menschenrechtskomitee, Vertretern der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren auszutauschen, um Informationen über die Auswirkungen der anhaltenden Menschenrechtskrise zu sammeln;
  - b) Möglichkeiten zur Bereitstellung technischer Hilfe für nationale Akteure, einschließlich der Nationale Menschenrechtskomitee, und
  - c) Dem Hohen Kommissar Bericht erstatten und konkrete Maßnahmen empfehlen.

5. Die Mission wurde von der Nationale Menschenrechtskomitee unterstützt, deren Unterstützung sehr geschätzt wurde. Das Team traf sich auch mit Vertretern der Außenministerien; Verteidigung; Innere; Wirtschaft und Handel; Verwaltungsentwicklung, Arbeit und Soziales; Bildung; Gesundheit; Religiöse Angelegenheiten; die Zollbehörde; Die Handelskammer; die Universität von Katar; die Katar-Stiftung; der Direktor des Grenzübergangs Salwa mit Saudi-Arabien; die Katar News Agency, Chefredakteure aller wichtigen lokalen Zeitungen, Mitarbeiter von Al Jazeera und der High Audio-Visual Authority; die Entschädigungskommission (eingrichtet, um Personen, die Forderungen im Zusammenhang mit der Krise stellen, Rechtsberatung zu gewähren); Migrantengemeinschaften und Katar Airways. Das Team traf auch die regionalen Vertreter von UNESCO und UNODC.
6. Darüber hinaus hat das Team, basierend auf Fällen mit dem Nationale Menschenrechtskomitee, etwa 40 Personen befragt, um ihre Situation besser zu verstehen. Es wird daher von verschiedenen Unternehmen überprüft.

## **II. Hintergrund**

7. Obwohl die seit langem bestehenden Spannungen zwischen KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar im Besonderen verwurzelt sind, wurde die gegenwärtige Krise auf Kommentare zurückgeführt, die am 24. Mai 2017 in den Medien in Katar ausgestrahlt wurden und Berichten zufolge vom Emir von Katar verübt wurden Bemerkungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem Iran während seines Besuchs in KSA. Die Regierung von Katar hat erklärt, dass diese Aussagen von Hackern gepflanzt wurden. Die Regierungen von KSA, VAE, Bahrain und Ägypten haben diese Erklärung zurückgewiesen.
8. Am 5. Juni 2017 kündigten die Regierungen von KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Ägypten an, diplomatische Beziehungen mit dem Staat Katar abubrechen, ihre Bürger zu verpflichten, Katar zu verlassen, alle Reisen nach und von Katar zu verbieten und Katar zu unterweisen Bewohner und Besucher verlassen ihre Territorien innerhalb von 14 Tagen. Die vier Staaten gaben den katarischen Diplomaten 48 Stunden Zeit zur Evakuierung. Während die Regierungen der KSA, der VAE und Bahrains ihr diplomatisches Personal aus Katar abzogen, hielt Ägypten eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern unter dem Schutz der griechischen Botschaft in Doha. Katar wurde anschließend aus der von Saudi-Arabien geführten Koalition im Jemen ausgewiesen. Kuwait und Oman sind neutral geblieben, und Kuwait hat Vermittlungsbemühungen unternommen, um die Krise zu lösen.
9. Seit dem 5. Juni haben die Regierungen der KSA, der VAE und Bahrains alle Luft-, See- und Landverkehrsverbindungen mit Katar geschlossen. Diese Maßnahmen hatten erhebliche Auswirkungen auf Katars Wirtschaft und Anwohner, insbesondere in den

ersten Wochen der Krise aufgrund der erheblichen Abhängigkeit des Landes von KSA und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

10. Während der Emir von Kuwait sich bemüht hat, mit allen betroffenen Staaten in Kontakt zu treten, um die Spannungen abzubauen und eine Eskalation zu vermeiden, scheint der Dialog ins Stocken geraten zu sein. Viele Menschen, die vom Team getroffen wurden, zeigten sich enttäuscht über die Passivität regionaler Organisationen, insbesondere der Organisation für Islamische Zusammenarbeit und der Liga der Arabischen Staaten. Die Krise hat insbesondere dem Golfkooperationsrat, der bisher das Medium zahlreicher Kooperationsabkommen unter seinen Mitgliedern war, besonderes Misstrauen entgegengebracht.
11. Am 9. Juni benannte das Quartett 59 Einzelpersonen und 12 Institutionen, die angeblich terroristische Organisationen finanziert und Unterstützung aus Katar erhalten hatten. Am 23. Juni veröffentlichte das Quartett laut Online-Berichten ein 10-tägiges Ultimatum über Katar, um eine Liste von 13 Forderungen zu erfüllen, darunter die Schließung von Al-Dschasira unter anderem durch den Abbau diplomatischer und kommerzieller Beziehungen mit dem Iran Türkische Militärstützpunkt in Katar und Beendigung jeder Form von Unterstützung und Unterstützung für die Muslimbruderschaft. Am 5. Juli ersetzte das Quartett diese erste Liste von Forderungen durch sechs umfassendere "Prinzipien", die immer noch die Schließung der permanenten türkischen Militärbasis in Katar und die Schließung von Al Jazeera und anderen von Katar unterstützten Nachrichtenagenturen beinhalten, die das Quartett beschuldigt Verbreitung extremistischer Ansichten und Bereitstellung von Plattformen für Dissidenten.

### **III. Hauptprobleme der Menschenrechte, die sich aus der Krise ergeben**

12. Der Beschluss vom 5. Juni und die damit zusammenhängenden Maßnahmen des Quartetts hatten unmittelbare negative, miteinander verflochtene Auswirkungen auf eine Reihe von Menschenrechten, wie in diesem Kapitel beschrieben.
13. Es gibt vier Kategorien von Opfern der Krise:
  - Katari-Personen, die in KSA, VAE, Bahrain wohnten (und in Ägypten studierten) und gezwungen waren, diese Länder schnell zu verlassen, ihre Familie, ihre Unternehmen, ihre Arbeit, ihr Eigentum zurückzulassen oder ihr Studium zu unterbrechen.
  - KSA, VAE und Bahrain-Staatsangehörige, die in Katar wohnten (darunter viele mit Kataris verheiratet), fühlten sich gezwungen, in ihr Herkunftsland zu ziehen, und wurden folglich von ihrer Familie, ihren Einkommensquellen und / oder ihrem Vermögen getrennt.
  - Wanderarbeitnehmer und ihre Familien, die die Mehrheit der Bevölkerung von Katar ausmachen, von denen einige ihre Anstellung verloren haben und zunehmend unter wirtschaftlichem Druck stehen.

- Die Bevölkerung von Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain insgesamt aufgrund der Aufhebung der Freizügigkeit zwischen ihren Ländern und der Auswirkungen auf verschiedene bürgerliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

### **1. Instrumentalisierung der Medien und Einschränkungen der Meinungsfreiheit**

14. Die Instrumentalisierung der Medien, insbesondere in KSA und VAE, war ein herausragendes Merkmal der Krise. Die Mission wurde von allen Gesprächspartnern darauf hingewiesen, dass die einseitigen Maßnahmen des Quartetts wurden begleitet von einer weitverbreiteten Verleumdungs- und Hasskampagne gegen Katar und Katarer in verschiedenen Medien, die mit den vier Ländern und den sozialen Medien verbunden sind, sowie durch die Einführung von strafrechtlichen Sanktionen gegen Sympathisanten in KSA, VAE und Bahrain Katar und Katarer.
15. Die meisten Medienschaffenden, die die Mission traf, beschrieben die Instrumentalisierung ausländischer Mediennetzwerke durch die Behörden von KSA und VAE, insbesondere um die redaktionellen Linien gegen Katar und gegen Katar zu vermitteln. Die meisten Gesprächspartner waren der Ansicht, dass diese Medien- und Social-Media-Kampagne vorsätzlich und organisiert war, um "*ein allgemeines Gefühl der Feindseligkeit und des Hasses gegenüber Katar zu erzeugen*".
16. Der Mission wurde mitgeteilt, dass zwischen Juni und Oktober 2017 mindestens 1.120 Presseartikel und etwa 600 Anti-Katar-Karikaturen in KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain veröffentlicht wurden, was von Medienfachleuten und der Nationale Menschenrechtskomitee dokumentiert wurde. Dieses Material beinhaltete Vorwürfe der Unterstützung Katar für den Terrorismus, fordert einen Regimewechsel oder einen Staatsstreich, Angriffe gegen führende Persönlichkeiten und Symbole von Katar, sowie Appelle für Angriffe auf und Mord an Kataris. Zum Beispiel hat ein saudischer Hochtöner mit fünf Millionen Anhängern "religiöse Meinungen" veröffentlicht, in denen die Ermordung des Emirs von Katar gefordert wird. Ein anderer saudischer Hochtöner warnte, er könne eine Million jemenitische Selbstmordattentäter nach Katar schicken.
17. Unterhaltungsprogramme wurden auch verwendet, um Anti-Katar-Nachrichten zu senden. Zum Beispiel produzierte die Firma Rotana Medienlieder von bekannten Künstlern, die Katar stigmatisierten ("Qulo la Katar" - "Tell Katar" und "Sanoalem Katar" - "Wir werden Katar unterrichten") und bekannte Fernsehserien über MBC- und Rotana-Kanäle ( "Selfie" und "Garabeb Sood" vermittelten negative Nachrichten über Katar, die regelmäßig und weit verbreitet wurden.
18. Das Team traf den Chefredakteur der katarischen Tageszeitung Al Arab, Herrn Jaber Al Mirri, der in der Liste von 59 Personen, die von dem Quartett als Terroristen beschuldigt

wurden, auf Platz 18 steht. Er berichtete, seitdem 10 Todesdrohungen erhalten zu haben, und beschrieb die psychologischen Auswirkungen auf seine Familie.

19. Die Regierungen von KSA, VAE und Bahrain gaben über ihre jeweiligen Nachrichtenagenturen bekannt, dass Personen in ihrem Zuständigkeitsbereich, die Empathie gegenüber Katar äußern, strafrechtliche Sanktionen in Form von hohen Geldstrafen und / oder Inhaftierung erhalten. Eine Gruppe von Chefredakteuren von Katar-Zeitungen, die von dem Team getroffen wurden, erklärte, dass ein Berater des Royal Court in KSA angeblich die Medienkampagne gegen Katar inszeniert und sich dabei auf die Mobilisierung einer "Social-Media-Armee" bezog. Sie behaupteten auch, diese Person habe per Hochtöner dazu gedrängt, Personen, die Katar oder Katarer unterstützen, durch eine Hotline-Nummer anzuklagen, die Berichten zufolge 800 Anrufe ausgelöst habe.
20. Die Wirkung dieser Medienkampagne kann eine Form der Anstiftung sein. Zweifellos hat es auch bei vielen Menschen in KSA, VAE und Bahrain zu Besorgnis geführt, die enge familiäre, freundschaftliche oder geschäftliche Beziehungen zu Katarer hatten. Die meisten Journalisten, die vom Team getroffen wurden, verwiesen auf die Angst, die diese Situation bei ihren Kollegen und Freunden in KSA, VAE und Bahrain aufkommen lässt. Mehrere Gesprächspartner merkten außerdem an, dass sie von Verwandten und Freunden in KSA über Nicht-KSA-Telefonnummern kontaktiert würden, aus Angst, verfolgt zu werden.
21. Die Regierungen der KSA, der Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain haben die Verbreitung und Ausstrahlung aller katarischen und katarischen Medien eingestellt und, da die Verbreitung von Satelliten nicht kontrolliert werden kann, kommerziellen Einrichtungen (wie Hotels) den Zugang zu diesen Medien verboten (Al Jazeera, BEIN Sports und zugehörige Kanäle). Der Fall Al Jazeera ist symbolisch, da die Schließung des Senders und der angeschlossenen Sender eine der Anforderungen des Quartetts bleibt, die diplomatischen Beziehungen mit Katar wiederherzustellen.
22. Alle Gesprächspartner, die von dem Team getroffen wurden, erklärten, dass die Regierung Katar alle Katarer, katarische Institutionen, Firmen und Medien klar angewiesen habe, die Bürger von KSA, VAE und Bahrain nicht zu kritisieren. Die in Katar und Katar ansässigen Medien, darunter auch Al Jazeera, erklärten, sie hätten ihre Mitarbeiter aus den Quartett-Ländern ermutigt, in Doha zu bleiben. Der Chefredakteur von Al Raya Al Qataria, einer Tageszeitung, stellte fest, dass 50 bis 60 Prozent seiner Journalisten Ägypter seien und dass alle, die Katar verlassen hätten, nach dem Aufruf ihrer Regierung, ihre Bürger nach Hause zu holen, 40 prozentig ein Grossteil von ihnen war nach einer formellen Genehmigung der ägyptischen Behörden nach Katar zurückgekehrt. Al Jazeera berichtete, dass nur drei ihrer 26 Journalisten von KSA gegangen seien, während ihre 349 ägyptischen und drei bahrainischen Angestellten weiterhin für den Sender arbeiteten.

## **2. Aussetzung und Einschränkung der Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit**

23. Eine der unmittelbarsten und sichtbarsten Auswirkungen der Entscheidung vom 5. Juni waren die Grenzschließungen (Luft, See und Land) mit erheblichen Auswirkungen auf die Freizügigkeit von und nach Katar. Am 17. November wurde dem Team mitgeteilt, dass die Regierung der KSA ihre Grenze zu Katar geschlossen habe. Eine Unterbrechung der Telekommunikation (Telefonverbindungen) wurde dem Team gemeldet. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen auf Katar haben die Aussetzung und Einschränkung der Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit Auswirkungen auf die Ausübung verschiedener Rechte, wie in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels beschrieben.
24. Am 5. Juni teilten die Behörden von KSA und den VAE ihren Häfen und Schifffahrtsbehörden mit, dass sie keine Katar-Schiffe oder Schiffe von katarischen Unternehmen oder Einzelpersonen erhalten würden. Die KSA General Authority of Civil Aviation verbot die Landung aller Katar-Flugzeuge in KSA-Flughäfen, während Etihad aus Abu Dhabi, die in Dubai ansässige Fluggesellschaft fly-Dubai und die Langstrecken-Fluggesellschaft Emirates die Aussetzung von Flügen nach Katar ankündigten. Qatar Airways musste bis auf weiteres alle Flüge nach KSA, VAE, Bahrain und Ägypten aussetzen und die meisten Flüge nach Westen umleiten.
25. Kurz darauf gab die Regierung von Katar eine Erklärung ab, in der sie sicherstellte, dass die Seehäfen von Katar für Handel und Luftraum für Handel, Transport und Reisen offen bleiben würden, außer mit den Ländern, die ihre Grenzen und den Luftraum mit Katar geschlossen hatten. Die Erklärung deutete darauf hin, dass die Regierung von Katar keine Repressalien gegen Bürger von KSA, VAE, Bahrain und Ägypten, die in Katar arbeiten, ergreifen würde.
26. Die erheblichen Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs haben unmittelbare Auswirkungen auf verschiedene Menschenrechte. Einige hatten eine punktlige Wirkung, aber die meisten hatten bis heute anhaltende Auswirkungen. Diese Maßnahmen stellten zunächst eine unmittelbare Verletzung der Freizügigkeit dar, zumal sie nicht förmlich mitgeteilt wurden und rechtlich nicht motiviert waren. Der Mangel an Bewegungsfreiheit zwischen Katar und den anderen Ländern sanktioniert Katarer und Einwohner von Katarer sowie Einwohner von KSA, VAE und Bahrain. Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit störten zumindest vorübergehend die Ausübung der Religionsfreiheit, wie sie im Ramadan und auf der Hadsch-Wallfahrt verhängt wurden. Die Auswirkungen auf das Familienleben sind angesichts der Bindungen zwischen den betroffenen Ländern ebenfalls wichtig. Außerdem mussten viele junge Menschen ihr Studium unterbrechen oder keine Prüfungen ablegen. Dauerhafte Folgen der Bewegungsbeschränkungen sind ein Entzug der Rechte auf Arbeit und auf Zugang zu Eigentum für diejenigen, die sich im grenzüberschreitenden Handel aufhalten, arbeiten und / oder tätig sind. Diese Aspekte werden in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels beschrieben.
27. Während die ägyptische Regierung den katarischen Bürgern keine formelle Anordnung erteilte, ihr Hoheitsgebiet zu verlassen, erhielten katarische Studenten, die im August 2017 nach den Sommerferien nach Ägypten zurückkehren wollten, keine Visa oder



wurden um eine Sicherheitsüberprüfung gebeten nach Erhalt von Visa. Studenten, die vom Team und der Nationale Menschenrechtskomitee interviewt wurden, gaben an, dass sie noch immer keine Sicherheitsfreigabe erhalten hatten. Am 18. November informierte der Nationale Rat für Menschenrechte in Ägypten das Nationale Menschenrechtskomitee von Katar, dass sie Einschränkungen für einige Kategorien der katarischen Bevölkerung aufgehoben habe und dass den Studenten Visa gewährt würden. Zum Zeitpunkt der Mission war es noch zu früh, um zu beurteilen, ob diese Maßnahme umgesetzt wurde.

28. Im weiteren Sinne hat die Aussetzung des Personen- und Güterverkehrs zwischen Katar und den drei Golfstaaten des Quartetts beträchtliche Auswirkungen auf die Wirtschaft Katars gehabt, die Handels- und Finanzströme behindert und die Kosten für Transport und Güter beträchtlich erhöht ( und Einzelpersonen) musste auf alternative Optionen zurückgreifen.
29. Obwohl die Einfuhren aus den anderen Golfstaaten bescheiden waren, wurde der Großteil der Handelsströme vor der Krise vor allem über KSA und VAE (über Land, See und Luft) abgewickelt, einschließlich über Land von Jordanien und Libanon und über ein Frachtschiff, das andocken würde in Häfen in KSA und den Vereinigten Arabischen Emiraten, von denen Waren per Lkw zu anderen Zielen in der Golfregion, einschließlich Katar, transportiert würden. So war Katar in hohem Maße von seinen beiden Nachbarn abhängig, um Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Nahrung und Medikamenten sowie zu seiner Wirtschaft zu erhalten. Qatari-Beamte, die vom Team getroffen wurden, insbesondere die Zollbehörde, betonten, dass die abrupte Schließung der Grenze zu Katar durch die Behörden der KSA dazu geführt habe, dass Fahrzeuge, die verderbliche Lebensmittel und andere Waren transportierten, in KSA gestrandet seien. Nach Angaben des Ministeriums für Wirtschaft und Handel haben vor der Krise rund 800 Lkw täglich die Landgrenze von KSA nach Katar überquert. In den wenigen Wochen, die auf die Entscheidung vom 5. Juni folgten, verursachte diese Situation einige panische Reaktionen. Die Menschen eilten in Supermärkte, um Lebensmittel einzukaufen.
30. Bei einem Treffen mit dem Director's Managing Team von Qatar Airways wurde das Team darüber informiert, dass die Schließung des Luftraums eine große Irritation darstelle, da Katar weitgehend vom Luftraum von KSA, VAE und Bahrain umgeben ist und nur einen schmalen Korridor im Norden benötigt Die Flüge von Qatar Airways werden durch den Iran geleitet und fließen dann weit um Saudi-Arabien herum, um Ziele im Westen und Süden zu erreichen. Zusammen mit dem Ende der Flüge von und nach KSA, VAE ab Bahrain, hat dies Katars Zugänglichkeit auf dem Luftweg erheblich reduziert und die Reisezeiten und -kosten erhöht.
31. Während die Telekommunikation zwischen den drei Ländern und Katar im Allgemeinen in Betrieb war, berichteten einige Menschen von Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit Menschen in KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, oder sie benutzten ausländische Telefonnummern, um Menschen in Katar aus Angst vor Sanktionen anzurufen. Einige Gesprächspartner erklärten auch, dass sie keine

Antwort erhalten würden, wenn sie sich an Institutionen in KSA und VAE wenden würden (zum Beispiel an Universitäten). Die Postdienste haben zwischen Katar und den drei Ländern aufgehört zu funktionieren, und der Zugang zu einigen katarischen Websites wurde von den Behörden in KSA, VAE und Bahrain blockiert.

### **3. Trennung von Familien und damit verbundene Fragen der Nationalität und des Wohnsitzes**

32. Die Entscheidung vom 5. Juni hat zu Fällen vorübergehender oder möglicherweise dauerhafter Trennung von Familien in den betroffenen Ländern geführt, was zu psychischen Problemen geführt hat und einigen Personen die wirtschaftliche Unterstützung ihrer in Katar oder den anderen Ländern zurückgelassenen Verwandten erschwert hat.
33. Darüber hinaus hat die Krise die Dringlichkeit unterstrichen, die seit langem bestehenden Probleme der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes in den Golfstaaten, einschließlich in Katar, anzugehen. Tatsächlich sind die nichtkatarischen Eheleute und Kinder akuten Unsicherheiten ausgesetzt, selbst wenn die Mehrheit Berichten zufolge in Katar geblieben ist. Das Nationale Menschenrechtskomitee erhielt eine hohe Anzahl von Anrufen, insbesondere im Juni, von Frauen, die befürchteten, dass sie ihren nationalen Pass und die Aufenthaltsgenehmigung für Katar nicht verlängern könnten, und befürchteten, aus Katar ausgewiesen oder in ihr Herkunftsland zurückkehren zu müssen und folglich von ihrem Ehemann und ihren Kindern getrennt werden.
34. Laut offiziellen Angaben zählte der Staat Katar am 5. Juni 2017 6.474 Mischehen, an denen Bürger aus Katar, KSA, VAE und Bahrain beteiligt waren (5.137 Männer aus Katar und 1.377 Frauen aus Katar). Die Behörden der KSA, der VAE und Bahrains befahlen ihren Bürgern, Katar innerhalb von 14 Tagen mit ihren Kindern unter Androhung von zivilrechtlichen Strafen, einschließlich der Entziehung ihrer Staatsangehörigkeit, und strafrechtlicher Sanktionen zu verlassen. Das Team hat jedoch keine Informationen erhalten, dass solche Fälle aufgetreten sind.
35. Viele von denen, die aus Angst vor der Trennung von ihrer Familie nicht zurückgekehrt sind, befürchteten, dass sie ihren Pass nicht erneuern könnten, insbesondere angesichts der Schließung der Botschaften von KSA, VAE und Bahrain. Dies führte zu besonderer Besorgnis für diejenigen, deren Pass kurz vor dem Ablauf stand, da ein gültiger Pass beantragt werden musste und die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis in Katar (die für 10 Jahre gültig ist) und Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen erhalten. Das Innenministerium teilte dem Team jedoch mit, dass die Regierung von Katar nach den Krisen vom 5. Juni eine solche Bedingung aufgehoben habe, um die Situation der nicht-katarischen Einwohner von KSA, den VAE und Bahrain anzugehen.
36. Darüber hinaus birgt der mögliche Verlust der Staatsangehörigkeit die Gefahr, dass diese Menschen staatenlos werden. Frauen aus Saudi-Arabien, den Emirati und Bahrain, deren Mann und Kinder Katar sind, fürchten den Druck ihres Herkunftslandes, dass sie Katar

verlassen. Diejenigen, die ihre Botschaften innerhalb der 14 Tage nach dem 5. Juni kontaktierten, wurden Berichten zufolge angewiesen, alleine in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

37. Das Team wurde informiert, dass die Regierungen von KSA, VAE und Bahrain als Reaktion auf einige Berichte über Familientrennungen erklärt hätten, dass sie Ausnahmen für "humanitäre Fälle von gemischten Familien" gewähren würden, um zwischen Katar und ihren Territorien hin und her zu reisen. Doch die Regierungsvertreter von Katar, einschließlich des Leiters des Salwa-Grenzübergangs mit KSA, informierten das Team darüber, dass solche Maßnahmen unangemessen, ineffizient und zufällig blieben. Einige Familien berichteten, dass sie die Hotlines nicht nutzen, weil sie befürchteten, von der KSA als Bürger identifiziert zu werden, die in Katar blieben und eingeschüchtert werden sollten.
38. Viele Menschen mit Verwandten in KSA, VAE und Bahrain, darunter ältere oder kranke Eltern, haben Berichten zufolge davon Abstand genommen, in diese Länder zu reisen, weil sie befürchteten, dass sie nicht nach Katar zurückkehren dürften.

#### **4. Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rechte und das Eigentumsrecht**

39. Nach Angaben des Teams waren Personen aus Katar, die in KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain arbeiteten und / oder Geschäftsinteressen in diesen Ländern hatten, gezwungen, nach Katar zurückzukehren, wo sie angeblich keinen Zugang zu ihren Unternehmen und anderen Tätigkeitsbereichen hatten und Einkommen seit damals. Während die Behörden die Anzahl der betroffenen Personen nicht mit Bestimmtheit bestimmen konnten, hatte eine nach der Entscheidung vom 5. Juni eingerichtete nationale Entschädigungskommission bis Ende November 2017 mindestens 1.900 Fälle im Zusammenhang mit dem Eigentumsrecht dokumentiert, wobei Ansprüche auf Privatwohnungen erhoben wurden, (Aktien, Finanzanlagen und Vieh).
40. Das Team führte Interviews mit einigen der Antragsteller, meist Katarer, die Eigentum in KSA und VAE haben, insbesondere kommerzielle Unternehmen. Sie bestätigten, dass Finanztransaktionen zwischen Katar und KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain ausgesetzt wurden, wodurch verhindert wurde, dass Menschen Gehälter oder Renten erhielten, Mieten wahrnahmen, Rechnungen bezahlten oder Verwandte unterstützten. Sie wiesen auch darauf hin, dass es keinen formellen und verfügbaren Rechtsbehelfsmechanismus für die Inanspruchnahme und / oder Verwaltung ihrer Vermögenswerte gibt. In der Tat wurde die rechtliche Zusammenarbeit ausgesetzt, einschließlich der Vollmacht. Darüber hinaus werden Anwälte in diesen Ländern die Katarer wahrscheinlich nicht verteidigen, da dies wahrscheinlich als Ausdruck der Sympathie gegenüber Katar gedeutet werden würde.
41. Die Handelskammer von Katar beschrieb, wie sie sich mit den Auswirkungen der Krise auf Unternehmer beschäftigte, um die Folgen für ihre Arbeit und ihr Eigentum zu mildern. Vom 5. Juni bis 9. Juli identifizierte sie Lieferungen und Alternativen für

Unternehmen, die infolge der Entscheidung vom 5. Juni blockiert wurden. Die Regierung von Katar hat Maßnahmen ergriffen, um Unternehmer zu unterstützen und die logistische Unterstützung zu koordinieren. Es teilte einen Fragebogen mit den 350.000 in Katar registrierten Unternehmen und richtete eine Hotline ein, die rund um die Uhr für Beschwerden zuständig war. Es hat 700 Beschwerden erhalten. Seit dem 10. Juli versucht die Handelskammer diese Unternehmer mit potenziellen Auftragnehmern, hauptsächlich aus Asien, in Kontakt zu bringen. Es priorisierte Unternehmen, die in der Produktion von Lebensmitteln, Medikamenten und Baumaschinen tätig sind. Sie hat auch ein Schreiben an die Gläubiger versandt, in dem eine Zahlungsverzögerung und der Verzicht auf die sich aus solchen Verzögerungen ergebenden Sanktionen gefordert wird.

42. Die Zollbehörden übermittelten dem Team Statistiken über den Zeitraum vom 17. Januar bis 30. Juni 2017 für Erzeugnisse, die hauptsächlich aus den Golfstaaten importiert wurden, wie Zucker (76% wurden aus diesen Ländern eingeführt), Öl (67%), und Milchprodukte (59 Prozent), Baumaterialien (93 Prozent), Holz und Kies (47 Prozent), Kabel für das Baugewerbe (51 Prozent), was die Abhängigkeit Katars von seinen Nachbarn zeigt. Die Behörden von Katar haben die Situation sofort an die Weltorganisation für den Zoll verwiesen. Während der Import aus KSA, VAE und Bahrain im Mai 2017 rund 11,9 Mrd. QAR (3 Mrd. USD) betrug, belief er sich im September 2017 auf 392 Mio. QAR (107 Mio. USD). Diese Situation hat zu einem Anstieg der Rohstoffpreise geführt von 83 Prozent (obwohl die Regierung von Katar interveniert hat, um es unter der Schwelle von 3 Prozent zu halten). Seit Juni haben die Zollbehörden keine Verbindung mit den Zollbehörden der anderen Golfstaaten.

## **5. Auswirkungen auf das Recht auf Gesundheit**

43. Das Team traf sich mit Vertretern des Gesundheitsministeriums, die einige humanitäre Folgen der Krisen vom 5. Juni aufwarfen. Am 23. November hatte es 130 Personen erhalten, die medizinische Probleme im Zusammenhang mit der Krise berichteten.
44. Zum Beispiel musste eine Person, die zuvor in KSA behandelt worden war und nach Katar zurückgekehrt war, nach Deutschland reisen, um eine Behandlung zu erhalten, da sein Zahlungsmittel von KSA in Katar blockiert wurde. Zwei Patienten aus Katar, die vor der Krise in KSA wohnten, wurden in die Türkei und nach Kuwait verlegt, um sich dort einer Operation zu unterziehen, da sie Berichten zufolge nicht in der Lage waren, ihre medizinische Behandlung in KSA fortzusetzen.
45. Medizinische Dienstleistungen in Katar sind bekanntermaßen von hoher Qualität. Seit September 2017 verzeichnete das Gesundheitsministerium 388.000 Besuche von Patienten im öffentlichen Gesundheitswesen, darunter 260.000 Patienten aus KSA, VAE, Bahrain und Ägypten, deren Einwohner in Katar leben. Die Behörden von Katar erklärten, dass sie Patienten aus diesen Ländern weiterhin ohne Diskriminierung behandeln werden.

46. Medizinische öffentliche Dienste beschäftigen 3.000 Beschäftigte aus den Quartettländern. Die medizinischen Behörden stellten auch fest, dass katarische Personen, die der Entscheidung, nach Katar zu gehen oder zu gehen, nachkommen würden, ihren Beschäftigungsstatus und damit ihren Zugang zu einer Krankenversicherung oder die Fähigkeit, medizinische Leistungen zu bezahlen, beeinträchtigen würden.
47. Die Aussetzung des Handels hat auch Katars Zugang zu Medikamenten (einschließlich lebensrettender Güter) und medizinischer Versorgung beeinträchtigt. Vor dem 5. Juni stammten 50 bis 60 Prozent der pharmazeutischen Produkte von Katar von 20 Zulieferunternehmen in den Golfstaaten mit den meisten internationalen Pharmaunternehmen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Während der Mangel an den meisten Drogen nur einen Tag dauerte, weil die Regierung schnell neue Lieferanten auswählte, informierte das Gesundheitsministerium das Team, das nach Alternativen für 276 Medikamente suchte. Ein anschauliches Beispiel ist das Anti-Gift, das in Katar vor allem für Schlangenbisse verwendet wird, die nur mit Schlangen aus der Region hergestellt werden können und deshalb nicht verfügbar sind.
48. Der Rückgriff auf Zulieferer außerhalb der Region hat zu einem Anstieg der Kosten für Produkte, Transport- und Versicherungsgebühren und zu Verzögerungen bei der Beschaffung einiger Artikel geführt. Der Staat Katar hat bisher die zusätzlichen Kosten abgedeckt, um die Auswirkungen auf die Verbraucher zu begrenzen.
49. Schließlich hat sich die Eröffnung neuer Krankenhäuser verzögert, da Baumaterial und andere Geräte in Dubai blockiert wurden.

## **6. Auswirkungen auf das Recht auf Bildung**

50. Die Ausweisung von katarischen Studenten, die in KSA, VAE, Bahrain und Ägypten studiert haben, hat sich nachteilig auf das Recht auf Bildung als katarischen Studenten ausgewirkt, die daran gehindert wurden, entweder ihr Studium fortzusetzen oder ihre Prüfungen zu bestehen. Studenten in KSA, Bahrain und Berichten zufolge besonders in den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde befohlen, unverzüglich nach Katar zurückzukehren, oft durch die Verwaltung von Universitäten. Den vom Team gesammelten Informationen zufolge erfolgte im Allgemeinen keine formelle oder personalisierte Kommunikation.
51. Das Management und die Professoren der Universität von Katar informierten das Team, dass die Universität ursprünglich 171 Anfragen für die Unterbringung von Studenten erhalten hatte, die KSA, VAE, Bahrain und Ägypten verlassen mussten. Es berichtete, dass es 66 Studenten aufnehmen konnte, während es die 105 anderen Fälle an das Bildungsministerium zur Überprüfung der Abschriften der Studenten übermittelte. Das Nationale Menschenrechtskomitee und das Team verfolgten einige Fälle von Schülern, deren Akten geprüft wurden. Sie erklärten, dass sie von der Universität von Katar mindestens zwei Optionen erhalten hätten, nämlich die Integration dieser Einrichtung, in

der Regel durch zusätzliche Kreditstunden oder die Unterbringung an einer Universität im Ausland, beispielsweise in Jordanien und Malaysia. Die Bemühungen der Universität von Katar und des Bildungsministeriums, Lösungen für jeden Studenten sofort zu identifizieren, sind zu empfehlen.

52. Das Bildungsministerium und die Universität von Katar berichteten, dass Studenten, die an Universitäten in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Ägypten eingeschrieben waren, ihre Transkripte nicht erhalten konnten, was ihre Vermittlung beeinträchtigte, da sie keine Beweise für frühere Studien oder Prüfungen vorlegen konnten. Einige Universitäten in den Vereinigten Arabischen Emiraten blockierten Berichten zufolge den Zugang zu ihren Websites für katarische Studenten. In Ägypten teilte die Universität von Kairo den katarischen Studenten mit, dass sie ihre Abschriften persönlich sammeln sollten, obwohl die Behörden Katar kein Visum zur Verfügung stellten.

Länder	Anzahl der von der Krise betroffenen katarischen Studenten
KSA	62
VAE	157
Bahrain	28
Egypt	3004

Quellen: Ministerium für höhere Bildung

53. Das Bildungsministerium von Katar schätzt seinerseits, dass mindestens 201 katarische Studierende ihre Studien nicht fortsetzen konnten, hauptsächlich aufgrund des Fehlens von Abschriften, unterschiedlicher Kreditsysteme oder weil ihre Spezialisierung in Katar nicht verfügbar ist. Zum Beispiel wurden Medizinstudien erst kürzlich an der Universität von Katar eingeführt, und Studenten, die ihr fünftes Jahr erreichen, können sich nicht einschreiben.

## 7. Langjährige Menschenrechtsfragen

54. Während der Mission hatte das Team eine Reihe von langjährigen Menschenrechtsfragen bei den zuständigen Behörden angesprochen, insbesondere in Bezug auf die Rechte von Wanderarbeitnehmern und die Frage der Staatsbürgerschaft.

55. Das Team hat den Fall von Personen angesprochen, die 2004 aus ihrer katarischen Staatsbürgerschaft entlassen wurden. Die Behörden teilten mit, dass die meisten von ihnen (vor allem diejenigen, die keine andere Staatsangehörigkeit besitzen) ihre katarische Staatsbürgerschaft im Jahr 2005 wiedererlangt haben. Ungefähr 100 Fälle sind noch immer anhängig.

56. Das Team hat auch den Fall von zwei Personen (Sheikh Taleb bin Lahem bin Shraim und Bin Al Shafi) angesprochen, die Berichten zufolge von der Mannschaft vor der Mission erhalten wurden und im Zusammenhang mit ihrer Staatsbürgerschaft willkürlich ihrer katarischen Staatsbürgerschaft beraubt wurden. Politische Meinung im Kontext der aktuellen Krise. Die katarischen Kollegen bestätigten, dass diese Entscheidung durch Erlasse in Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 38/2005 über den Erwerb der katarischen Nationalität getroffen wurde. Dies bedeutet, dass es ohne einen ordnungsgemäßen Prozess ohne mögliche Abhilfemaßnahmen erfolgte.

57. Viele der Personen trafen sich mit dem Team beschrieben, wie es Katar gelungen sei, die Krise zu einer Chance zu machen, insbesondere zur Beschleunigung der Reformagenda des Emirs, einschließlich der Menschenrechte. Es werden Anstrengungen unternommen, um einen Fahrplan für eine wirksame Umsetzung von Einwanderungs- und Binnengesetzen zu entwickeln. ein neues Asylgesetz vorzubereiten und möglicherweise die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 zu ratifizieren; Überprüfung des Staatsangehörigkeitsrechts, um den Kindern katarischer Frauen, die mit Nicht-Kataris verheiratet sind, zusätzliche Rechte zu gewähren; verstärkte Einbindung der internationalen Menschenrechtsmechanismen. Das Team wurde durch das erneute Engagement der Regierung ermutigt, die Zusammenarbeit mit dem BHKM bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte in Katar weiter zu verstärken.
58. Die Diskussionen des Teams zu den oben genannten Themen sollen in einem separaten Bericht oder einer anderen Form der Kommunikation wiedergespiegelt werden.

#### **IV. Erkenntnisse und Beobachtungen**

59. Alle von der Team getroffenen Gesprächspartner beriefen sich zumeist auf die Entscheidung vom 5. Juni als "Blockade", und einige riefen ein "Embargo", einen "Boycott" oder "einseitige Sanktionen" gegen den Staat Katar und seine Einwohner (Staatsangehörige und Bürger) hervor Bewohner). Die meisten betonten die beispiellose Kluft und das Misstrauen, das diese Situation hervorgerufen hat, nicht zuletzt angesichts der engen familiären Bindungen in der gesamten Golfregion. Sie äußerten sich auch besorgt über die unsicheren und weitreichenden Folgen, mit der Befürchtung, dass sich diese Krise verlängern und / oder verschlechtern könnte.
60. Das Team stellte fest, dass die einseitigen Maßnahmen, bestehend aus starken Bewegungsbeschränkungen, Beendigung und Unterbrechung von Handels-, Finanz- und Investitionsströmen sowie der Aussetzung des sozialen und kulturellen Austauschs, die dem Staat Katar auferlegt wurden, sofort in Maßnahmen für Staatsangehörige umgesetzt wurden und Einwohner von Katar, einschließlich der Bürger von KSA, VAE und Bahrain. Viele dieser Maßnahmen wirken sich potenziell dauerhaft auf die Wahrnehmung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Betroffenen aus. Da es keine Beweise für rechtliche Entscheidungen gibt, die diese verschiedenen Maßnahmen motivieren, und da die meisten Betroffenen keinen Rechtsweg haben, können diese Maßnahmen als willkürlich betrachtet werden. Diese Aktionen wurden durch verschiedene und weit verbreitete Formen der Verleumdung von Medien und Kampagnen, die gegen Katar, seine Führung und seine Leute gehasst wurden, noch verschärft.
61. Die Mehrzahl der Maßnahmen war breit und nicht zielgerichtet, wobei nicht zwischen der Regierung von Katar und ihrer Bevölkerung unterschieden wurde. In diesem Sinne stellen sie zentrale Elemente der Definition einseitiger Zwangsmaßnahmen dar, wie sie vom Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats vorgeschlagen wurden: "*Die*

*Nutzung von wirtschaftlichen, handelspolitischen oder sonstigen Maßnahmen eines Staates, einer Gruppe von Staaten oder von internationalen Organisationen, die autonom agieren eine Änderung der Politik eines anderen Staates oder Druck auf Einzelpersonen, Gruppen oder Körperschaften in den Zielstaaten, ohne Zustimmung des Sicherheitsrats Einfluss auf eine Vorgehensweise zu nehmen".* Darüber hinaus können Maßnahmen, die auf Einzelpersonen aufgrund ihrer katarischen Nationalität oder ihrer Verbindungen zu Katar abzielen, als nicht unverhältnismäßig und diskriminierend eingestuft werden.

62. Die beträchtlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise nehmen die Dimension einer wirtschaftlichen Kriegsführung mit erheblichen finanziellen Verlusten für den Staat, Unternehmen und Einzelpersonen und das Vertrauen der Investoren in Mitleidenschaft. Bis heute hat der Reichtum von Katar und sein menschliches Potenzial es dem Land ermöglicht, den Schock sofort zu absorbieren und die Bevölkerung vor potenziell katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu schützen. Der Schock der Entscheidung und die unmittelbaren und schwerwiegenden Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf viele Menschen hatten jedoch erhebliche psychologische Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung. Dies wurde durch eine feindselige Medienkampagne, die seit Anfang Juni aufflammte und sich fortsetzt, verschärft. Alle Gesprächspartner, die von dem Team getroffen wurden, riefen das mangelnde Vertrauen oder sogar die Angst hervor, die diese Situation hervorgerufen hat, und die Besorgnis über das soziale Gefüge sehr eng verflochtener Gesellschaften erodierte.
63. In einigen Fällen haben katarische Institutionen, insbesondere das Nationale Menschenrechtskomitee, proaktiv umgehende Lösungen gesucht, insbesondere für Personen, deren Studien unterbrochen wurden. Das Nationale Menschenrechtskomitee erhielt sofort einige Wochen nach dem 5. Juni eine erhebliche Anzahl von Beschwerden. Sie unternahm eine Reihe von Kommunikationen mit regionalen und internationalen Mechanismen und bemüht sich, mit den nationalen Menschenrechtsinstitutionen von KSA, den VAE, Bahrain und Ägypten (letzteres kooperiert Berichten zufolge) zusammenzuarbeiten. Das Team erhielt einen detaillierten Bericht der Nationalen Kommission für Entschädigungsansprüche zu den Auswirkungen der Krise auf Einzelpersonen (einschließlich der Auswirkungen auf die Menschenrechte) und wurde darüber informiert, dass der Nationalen Kommission für Entschädigungsansprüche zu den Auswirkungen eine private amerikanisch Anwaltskanzlei angeheuert hatte, um Optionen für mögliche rechtliche Schritte gegen die Staaten KSA, VAE und Bahrain. Die Kommission wies darauf hin, dass die rechtliche Akte in den Händen der Regierung sei, um sie zu prüfen.
64. Die Mehrzahl der Fälle ist nach wie vor ungeklärt und wird wahrscheinlich die Opfer nachhaltig treffen, insbesondere diejenigen, die eine Familientrennung oder einen Arbeitsplatzverlust erlitten haben oder denen der Zugang zu ihren Vermögenswerten verwehrt wurde.



65. Die Krise war durch den fehlenden Dialog zwischen den betroffenen Staaten gekennzeichnet, wobei die Vermittlungsbemühungen Kuwaits ins Stocken geraten waren. Das Team nahm starken Widerstand über das mangelnde Engagement regionaler Organisationen und die Rolle des Golfkooperationsrat zur Kenntnis, die von vielen als de facto als nicht funktionierend angesehen wurde. Angesichts der Ursprünge und der Auswirkungen der Krise in KSA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain wäre es wichtig, nach Möglichkeiten zu suchen, mit den Regierungen dieser Länder zusammenzuarbeiten, um ein umfassenderes Verständnis der Situation, insbesondere der von ihnen ergriffenen Maßnahmen und der Auswirkungen, zu erlangen auf ihre eigenen Bürger und Einwohner.